

Ergänzung zum Bericht „Die Rot-Grünen Ausstiegslüge“

Auf unseren Bericht „Die Rot-Grüne Ausstiegslüge:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Die-Rot-Gr%C3%BCne-Ausstiegsl%C3%BCge2.pdf>

kam u. a. diese Nachfrage:

„Herzlichen Dank zu Eurer Info.

Ihr behauptet, die Rot-Grüne Bundesregierung habe kurz nach 2001 die Zustimmung zum Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau erteilt.

Habt Ihr dazu irgendwelche Unterlagen?

Mein Stand ist, dass die Bundesregierung mit dem Sachverhalt als prüfende Instanz beteiligt, die Entscheidung aber Sache der zuständigen Landesregierung war.

Ich würde gerne die Grüne Bundestagsfraktion mit dem von Euch behaupteten Sachverhalt konfrontieren.

Viele Grüße“

Dazu unsere Antwort:

„Selbst wenn man zum Zeitpunkt des Ausstiegs 2001 Gronau noch ausgeklammert hat, so aber ist spätestens 2003 bei der Erweiterung um das ca. dreifache nichts mehr vom Ausstiegsanspruch zu sehen - die Regierung kann ja wohl kaum bei dem Betrieb von AKWs ein St. Florian-Prinzip favorisiert haben.

Außerdem ist Gronau ja nur ein Aspekt in unserem Aufsatz.

Es geht u. a. um den Anspruch "Ausstieg", wo lediglich eine Absicherung der Restlaufzeiten für die Atombetreiber erfolgte – hätte die Regierung das nicht gemacht und wäre stattdessen damit nicht dem Widerstand in den Rücken gefallen, hätte der Kampf gegen die Atomkraft durch Widerstand anders verlaufen können.

Hinzu kommt das Geschenk mit dem 10 Mikro-Sievert Wert usw. usw. bis hin zu den Atomtransporten bis heute hin.

Über die Zuständigkeiten von Bund und Länder geben wir gern diese eingeholte Info weiter: „Das Atomgesetz ist Bundesrecht, die Länder betreiben die Aufsicht und Genehmigung in "Auftragsverwaltung" für den Bund. Zu den Genehmigungen findet eine umfangreiche Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern statt. Vor Jahren gab es immer wieder Bundesweisungen, wenn eine Landesregierung nicht so wollte, wie der Bund?“

Jedenfalls der behauptete Ausstieg - nicht nur beim Weiterbetrieb - sondern

obendrein noch mit dem massiven Ausbau von Gronau und den wöchentlichen Atomtransporten hat überhaupt keine Glaubwürdigkeit.

Wie Du richtig erwähnst, **“ist die Bundesregierung mit dem Sachverhalt des dreifachen Ausbaus von Gronau 2003 als prüfende Instanz beteiligt gewesen ist”** – nur sie hätte es verhindern können und müssen.

Unter dem Link <http://umweltfairaendern.de/2013/01/uranfabrik-gronau-materialien-zur-atomrechtlichen-genehmigung-zum-ausbau-der-urenc-anlage-2005/> gibt es eine Stellungnahme der Strahlenschutzkommission – die 2003-05 dem Bundesumweltministerium unter Trittin unterstellt war.

Die Beteiligung bis Weisung der damaligen Bundesregierung als prüfende Instanz hat letztendlich ihren Segen zum Ausbau in Gronau gegeben!

Im folgenden Blog sind weitere Infos zu URENCO zu finden - z.B. sind dort die Genehmigungen für die Erweiterung aus 2005 zu finden:

<http://umweltfairaendern.de/2013/01/uranfabrik-gronau-materialien-zur-atomrechtlichen-genehmigung-zum-ausbau-der-urenc-anlage-2005/>

Und last but not least – stehen ja die Infos in unserem Aufsatz

“Die Rot-Grüne Ausstiegs-Lüge”

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Die-Rot-Gr%C3%BCne-AusstiegsL%C3%BCge2.pdf>

wo wir u.a. formuliert haben, dass “die Rot-Grüne Bundesregierung kurz nach 2001 – ihrem sogenannten Atomausstiegsbeschluss - die Zustimmung zum Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau erteilte”.

Wie schon gesagt, die Genehmigung war zwar Sache der zuständigen Landesregierung – aber das wäre nicht möglich geworden, wenn die damalige Rot-Grüne Bundesregierung mit dem Sachverhalt als prüfende Instanz nicht beteiligt und zuständig gewesen wäre.

Der BUND NRW schreibt: “Im Jahr 2005 genehmigte die Nordrhein-Westfälische Landesregierung den Ausbau der Anlage, wodurch die jährliche Uran-Verarbeitungskapazität ab Ende 2012 mehr als verdoppelt wird.”:

http://www.bundnrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/atomenergie/uaa_gronau/

Die damalige Rot-Grüne Bundesregierung mit ihrem grünen Umweltminister Trittin als prüfende Instanz ist verantwortlich, wenn sie nach dieser Prüfung **“grünes”** Licht an die Landesregierung zu deren daraufhin erfolgten Genehmigung gegeben hat.

Unter dem nachfolgenden Link http://www.tarife.de/nachrichten/nrw-genehmigt-ausbau-von-urananreicherungsanlage_55130.html berichtet “tarife.de”:

“Grünes Licht - NRW genehmigt Ausbau von Urananreicherungsanlage - Das Energieministerium in Nordrhein-Westfalen hat die atomrechtliche Genehmigung für den Endausbau der Urananreicherungsanlage (UAA) im münsterländischen Gronau erteilt. Die Kapazität darf von 1800 auf nun auf 4500 Tonnen Urantrennarbeit (UTA) pro Jahr ausgebaut werden.” Die NRW-Grünen wurden von Anti-AKW-Initiativen aufgefordert, die Koalitionsfrage zu stellen und die SPD zu einer Umkehr in ihrer Atompolitik zu bewegen. Nur so könnten die Grünen ihre Glaubwürdigkeit in diesem zentralen Feld behalten” – Das war aber vergeblich – also nicht nur Rot-Grün im Bund sondern auch in NRW stimmten die gigantische Vergrößerung der Anlage zu.

Und nachfolgend noch weitere Infos zu Gronau:

Udo Buchholz (Vorstandsmitglied der parteiunabhängigen GAL Gronau und Fraktionsvorsitzender der GAL-Fraktion im Rat der Stadt Gronau) s. auch http://www.bi-ahaus.de/BI_ALT/050401-presseauswahlapril.htm

taz Ruhr 28.4.2005

Ex-Grüne haben neuen Namen

-kw- Gronau. Kein Abschied im Zorn, wohl aber ein konsequenter Schritt: Aus Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung durch den Bundes- und den Landesverband beim Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage haben die Gronauer Grünen ihren Ortsverband - wie berichtet - aufgelöst. Trotzdem wollen die Ex-Grünen vor Ort ihre politische Arbeit in der Stadt und im Stadtrat mit grüner Tendenz fortsetzen. Allerdings unter neuem Namen, in dem trotz der Trennung das Wort Grün wieder auftaucht: GAL - Grün Alternative Liste Gronau. Die waren Grüne oder Die wahren Grünen, hätte der neue Name auch lauten können - Rüdiger Bartels und Karl-Heinz Hoffmann-Hansen müssen bei diesem hintersinnigen Wortspiel selbst schmunzeln.

Das aber täuscht nicht darüber hinweg, dass ihnen der Abschied von ihrer Partei nicht leicht gefallen ist. Zwei Jahrzehnte politischer Arbeit, das schmeißt man nicht einfach so weg, sagt Hoffman-Hansen.

Nach wie vor finden sie sich im Programm der Grünen politisch wieder, nur in der Frage der Erweiterung der Urananreicherungsanlage sind sie von der Haltung ihrer grünen Galionsfiguren maßlos enttäuscht.

Schließlich sind wir seinerzeit mit dem Ziel angetreten, in Sachen Atomausstieg über die Parteipolitik mehr erreichen zu können als über den Protest auf der Straße.

Ein Ziel, das einst auch die grünen Vorzeigepolitiker gehabt hätten, vielen

Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene heute aber mit Blick auf die Belastbarkeit der Koalition nicht mehr erreichbar scheine.

Die Grünen sind in diesem Punkt unglaublich, sagt Hoffmann-Hansen. 17 Atomkraftwerke gebe es derzeit in Deutschland, der Ausstieg sei beschlossen. Und gleichzeitig werden in Gronau Urananreicherungsanlagen geschaffen, die - im Endausbau - theoretisch die Versorgung von 36 Kraftwerken möglich machen, rechnet Rüdiger Bartels vor. **So haben wir uns den Ausstieg nicht vorgestellt.**

Ihre Enttäuschung über das Verhalten der Grünen in Amt und Würden (Bartels) haben die Alternativen vor Ort in einem Brief an ihre Funktionsträger dargelegt - und um Antwort gebeten. Vergeblich. **Eine Antwortschreiben gibt es nicht.** Und so blieb am Ende nur der Austritt, dem ein Gespräch mit dem Vorstandssprecher des Landesverbandes der Grünen, Fridtjof Schmidt, vorausging. Ein sachliches Gespräch in harmonischer Atmosphäre, das an der Entscheidung aber nichts änderte.

Warum hatten unsere Verantwortlichen in Bund und Land nicht den Mut, in der Frage der UAA-Erweiterung klar Stellung zu beziehen und zu sagen: „Mit uns an dieser Stelle nicht! Vermutlich wären die Grünen aus einem solchen Konflikt gestärkt hervorgegangen, sind beide überzeugt. Denn: Es gibt keinen Grünen, der den Atomausstieg in Frage stellt, aber wenn bei der Umsetzung der SPD die Zähne gezeigt werden müssen, hapert es.“

Ihr Abschied von den Grünen sehen die Gronauer Alternativen als Signal nach oben. Und auch als Signal an all die ehemaligen Mitglieder der Grünen vor Ort, die schon vor Jahren - unter anderem wegen des Schmusekurses der Gesamtpartei in Sachen Atomausstieg - das Handtuch geworfen und die Grünen verlassen haben. Vielleicht können wir diese Menschen jetzt wieder zur politischen Mitarbeit vor Ort bewegen, hoffen beide.

Dass sie bei allem Frust noch nicht endgültig mit dem Thema Grüne abgeschlossen haben, macht schon der neue Name GAL deutlich. Und Rüdiger Bartels schließt eine Rückkehr in die Partei nicht aus: Mag sein, dass es eine Zeit geben kann, in der wir uns den Grünen wieder anschließen. Aber: Dann müssen von den Verantwortlichen in Land und Bund zunächst andere Signale kommen.

junge Welt vom 28.04.2005:

Interview

»Höchstens noch ein Mitglied«

In Gronau hat sich ein kompletter Ortsverein der Grünen aufgelöst. Protest gegen Erweiterung der Uranfabrik. Ein Gespräch mit Karl-Heinz Hoffmann-Hansen

Interview: Peter Wolter

* Karl-Heinz Hoffmann-Hansen war bis zum 21. April Sprecher des Ortsverbandes Gronau von Bündnis 90/Die Grünen

F: Wie kommt es, daß es in der westfälischen Stadt Gronau jetzt nur noch ein einziges Mitglied der Grünen gibt?

Allerhöchstens eins, vielleicht ist die Kollegin jetzt auch schon ausgetreten. Am 21. April hat sich unser Ortsverband einstimmig aufgelöst. Bis auf diese eine Teilnehmerin hatten alle auch ihren Austritt aus der Partei angekündigt.

F: Auslöser war die Atompolitik der Grünen auf Landes- und Bundesebene. Worum ging es konkret?

In Gronau gibt es bekanntlich die Urananreicherungsanlage - und deren Erweiterung hat die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zugestimmt. Wir waren darüber entsetzt, weil eine solche Entscheidung allen früheren Beschlüssen und öffentlichen Versprechen der Partei zuwiderläuft. Wir haben uns darauf hin schriftlich sowohl beim Landes- als auch beim Bundesvorstand beschwert und eine Stellungnahme bis zum 31. März angefordert. Es kam keine Antwort. Die Parteispitze interessiert sich offenbar weder für frühere Beschlüsse noch für die Meinung der Basis.

F: Gibt es in der Gesamtpartei eigentlich heute noch engagierte Atomkraftgegner? Die Grünen galten früher als ökologische Partei, die sich am entschiedensten gegen jede Art von Kernkraft aussprach. Was ist davon geblieben?

Spätestens seit dem Beschluß, die Uranfabrik in Gronau zu erweitern, ist mir klar, daß diese Partei in diesem Punkt keine grüne Politik mehr betreibt. Die Erweiterung heißt nämlich nichts anderes, als daß weltweit 20 Kernkraftwerke aus Gronau mit angereichertem Uran beliefert werden.

F: Wie geht es jetzt politisch weiter in Gronau?

Wir haben eine Fraktion mit zwei Abgeordneten im Stadtrat, die unter einer neuen Bezeichnung weiterarbeiten. Wir machen weiter grüne Politik - auch wenn wir mit dieser Partei im Augenblick nichts mehr zu tun haben wollen. Der frühere stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD ist übrigens aus demselben Grund auch aus seiner Partei ausgetreten.

Das sind nur einige Reaktionen zum Thema. Auf unserer Webseite steht mehr.

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de